

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

08.07.2015 BVV

BVV/ 033/VII

Betreff: Mobilitätshilfedienste sichern!

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales dafür einzusetzen, dass das bestehende Angebot an Mobilitätshilfediensten in den Bezirken gesichert und perspektivisch ausgebaut wird.

Berlin, den 30.06.2015

Einreicher: Fraktion der SPD

Gez.: Rona Tietje, Thomas Bohla

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ EINSTIMMIG
_____ MEHRHEITLICH
_____ JA
_____ NEIN
_____ ENTHALTUNGEN

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ zusätzlich in den Ausschuss für
_____ und in den Ausschuss für

federführend

Begründung:

Die Mobilitätshilfedienste bieten in allen Bezirken älteren Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, die ihre Wohnung nicht ohne fremde Hilfe verlassen können, gegen ein geringes Entgelt Begleitdienste an. Damit leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag, diesem Personenkreis weiterhin die Teilhabe am sozialen Leben zu ermöglichen.

Da der Bezirk Pankow wächst und insbesondere auch die Zahl der älteren Menschen in den nächsten 15 Jahren stark ansteigen wird, ist davon auszugehen, dass die Mobilitätshilfedienste hier künftig vermehrt in Anspruch genommen werden und perspektivisch ausgebaut werden müssen.

Der größte Teil der Begleitpersonen bei den Mobilitätshilfediensten wird über arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente finanziert. Mitte 2014 waren 367 Personen bei den Mobilitätshilfediensten im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung tätig, davon 185 im Rahmen der Maßnahme Bürgerarbeit, 54 über Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) und 128 in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH MAE). Insgesamt 128 weitere Personen waren als ehrenamtlich Tätige sowie im Rahmen der Programme Bundesfreiwilligendienst / Freiwilliges soziales Jahr als Begleitpersonen tätig.

Insbesondere nach dem ersatzlosen Wegfall des Bundesprogrammes Bürgerarbeit Ende 2014 ist die Leistungsfähigkeit der Mobilitätshilfedienste mangels Finanzierung geeigneter Begleitpersonen stark gefährdet. Daher ist es dringend erforderlich, dass alternative Finanzierungsmöglichkeiten für den Erhalt und Ausbau der Mobilitätshilfedienste entwickelt werden.